

newsletter*

KIRSTEN LÜHMANN, MDB



Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März gab es am Donnerstag eine gleichstellungspolitische Debatte im Bundestag. Appelle an die Wirtschaft haben nichts gebracht, die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft ist nach neuen Jahren als gescheitert anzusehen. Der Gleichstellungsbericht des World Economic Forum von 2009 bescheinigt, dass Deutschland in punkto Gleichstellung im internationalen Vergleich wieder eine Stufe weiter nach unten gerutscht ist – und jetzt hinter den Philippinen und Lesotho rangiert. Das ist für Deutschland im 21. Jahrhundert ein Armutszeugnis. Frauen in Deutschland verdienen bei gleicher Arbeit immer noch fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen, der Niedriglohnsektor ist weiblich und in den Führungsetagen sind Frauen immer noch mit der Lupe zu suchen.

Nach der 3. Bilanz der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 erhalten Frauen 22 Prozent weniger Gehalt als Männer für dieselbe Tätigkeit. In der Zwischenzeit ist diese Lohnlücke sogar auf 23 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Frauenerwerbsquote auf 66 Prozent darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gesamtarbeitsvolumen konstant geblieben ist. Heute sind nur 37 Prozent aller erwerbstätigen Frauen Vollzeit beschäftigt. 2008 waren es noch 45 Prozent. Die überwiegende Mehrheit arbeitet also Teilzeit oder in Minijobs. Von denen, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung haben, sind zwei Drittel Frauen. Dies hat erhebliche negative Konsequenzen für die Absicherung im Alter, denn niedrige Löhne führen automatisch zu niedrigen Renten.

Der Frauenanteil in deutschen Vorständen hat in den vergangenen zehn Jahren von 1,2 Prozent auf gerade einmal 2,4 Prozent zugenommen und geht seit 2005 sogar wieder zurück. Der Frauenanteil in Aufsichtsräten liegt bei mageren vier Prozent.

Wenn die Bundesregierung angesichts all dieser Tatsachen unbeirrt auf Freiwilligkeit setzt, nimmt sie die Frauen nicht ernst. Mit gut gemeinten Projekten wie der Initiative "Wiedereinstieg" oder "Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft" entfacht sie ein gleichstellungspolitisches Strohfeuer. Die Zeit ist reif für gesetzliche Regelungen: Die SPD Bundestagsfraktion fordert ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, einen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine Quote von mindestens 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. Damit nehmen wir die Frauen ernst. Lesen Sie auch dazu: auf der Seite des [Deutschen Frauenrats](#)

IMPRESSUM

KIRSTEN LÜHMANN, MdB,
PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

TELEFON (030) 227 71727 E-MAIL KIRSTEN.LUEHMANN@BUNDESTAG.DE

Inhaltsverzeichnis

02 Aktuelle Stunde zu Steuer-CDs	04 05 Kinderlärm – kein Grund zur Klage
03 Strategie Europa 2020	05 Untersuchungsausschuss Gorleben
03 Nein zur Kopfpauschale	06 Meine Pressemitteilungen
04 Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“	06 Pressemitteilungen der Fraktion

AKTUELLE STUNDE

Einheitliche Praxis beim Kauf von Steuer-CDs erforderlich

Die Bundesregierung muss den Verdacht ausräumen, dass in Deutschland die Käuflichkeit politischer Entscheidungen, Klientelpolitik und Strafvereitelung bei Steuerhinterziehung Hand in Hand gehen. Deshalb fordern wir eine bundeseinheitliche Praxis beim Kauf von Steuer-CDs. Der Komplex aus Steuerbetrug und politischer Verschleppung der Strafaufklärung war auch Thema einer aktuellen Stunde am 3. März 2010.

Nach dem Kauf einer CD mit Daten von mutmaßlichen Steuerhinterziehern durch nordrhein-westfälische Behörden und der Ablehnung eines entsprechenden Kaufs durch das Land Baden-Württemberg muss die Bundesregierung endlich den Erwerb von Steuerdaten koordinieren. Finanzminister Schäuble muss diese finanzpolitische Führungsaufgabe wahrnehmen. Seine abwartende Haltung ist in dieser staatspolitisch überaus wichtigen Angelegenheit ein unhaltbarer Zustand. Schäuble muss jetzt alle Länderfinanzminister an einen Tisch bitten und diese auffordern, alle verfügbaren Daten im Interesse des ehrlichen Steuerzahlers zu erwerben. Die unterschiedliche Handhabung des Bundes mit den Ländern ist ein krasser Fall von Staatsversagen. Das „Schwarzer-Peter-Spiel“ mit gegenseitigen Vorwürfen über Zuständigkeiten muss endlich aufhören. Auch das ist eine weitere Folge der schwarz-gelben Zerstrittenheit. Schwarz-Gelb wird dadurch auch noch zum Schutzpatron der Steuerhinterzieher.

Es geht um Tausende von Fällen, in denen bis zu 400 Millionen Euro an Steuern hinterzogen werden. Die Welle der Selbstanzeigen zeigt, welche Ausmaße dieser systematische Rechtsbruch hat. Es muss ein für allemal deutlich werden: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und geht zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler. Da darf auch die Rücksicht auf die eigene Klientel und die der FDP keine Rolle spielen.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

Auch die Tatsache, dass Schäuble sich für die Beibehaltung der strafbefreienden Selbstanzeige von Steuerhinterziehern ausspricht, ist angesichts der derzeitigen Vorkommnisse nicht zu rechtfertigen. Ohne massiven Entdeckungsdruck wird auch in Zukunft kaum ein Steuerhinterzieher zur Selbstanzeige neigen. Die von Schäuble zur Begründung herangezogenen zu erwartenden zusätzlichen Steuermehreinnahmen wird es nicht geben - es

sei denn, weitere „werthaltige“ Steuer-CDs kommen auf den Markt. Die SPD-Bundestagsfraktion wird einen Gesetzentwurf vorlegen, der strafbefreiende Selbstanzeigen abschaffen will.

EUROPA

Strategie Europa 2020

Ende diesen Jahres läuft die im Jahr 2000 auf dem Europäischen Rat in Lissabon beschlossene Lissabon-Strategie aus, mit der sich die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln sollte. Die bisherige Strategie hat die mit ihr verbundenen Erwartungen nicht erfüllt. Europa ist durch die Osterweiterung größer und heterogener geworden. Die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte haben zugenommen. Europa steht am Scheideweg: Der Binnenmarkt ist ein großer Erfolg, doch die EU braucht jetzt mehr gemeinsame Politik für den gemeinsamen Markt. Die entscheidende Frage lautet: mehr gemeinsame Verantwortung oder Rückfall in nationalen Egoismus?

Wir wollen nachhaltigen Wohlstand und sozialen Fortschritt, an dem alle EU-Bürgerinnen und Bürger teilhaben. An die Stelle der von wirtschaftlichen Erwägungen dominierten Lissabon-Strategie muss deshalb eine neue integrierte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie treten, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gleichberechtigt berücksichtigt und den zeitlichen Rahmen bis zum Jahr 2020 umfasst. Diese neue Strategie muss eindeutige Prioritäten setzen, um die zentralen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Energiepolitik und des Klimawandels bestehen zu können.

Die Verabschiedung der Europa-2020-Strategie soll nach intensiver öffentlicher Debatte auf dem Europäischen Rat im Dezember erfolgen.

GESUNDHEIT

Nein zur Kopfpauschale

Der Deutsche Bundestag hat am 4. März den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Zusatzbeiträge abschaffen, paritätische Beitragszahlungen wieder herstellen“ in 1. Lesung beraten.

Die jetzt von mehreren Krankenkassen erhobenen Zusatzbeiträge wären vermeidbar gewesen, wenn die Bundesregierung der Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung schnell und entschlossen entgegengetreten wäre. Die Zusatzbeiträge stellen faktisch den Einstieg in die von Union und FDP angekündigte einkommensunabhängige Kopfpauschale dar. Zusammen mit der Festschreibung des Arbeitgeberanteils wird die paritätische Finanzierung aufgegeben und die Lasten der künftigen Ausgabenentwicklung werden ausschließlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auferlegt. Viele Versicherte wären auf Transferleistungen angewiesen, um ihre Krankenversicherung überhaupt bezahlen zu können. Gute medizinische Leistungen werden nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag unter anderem, alle Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven in der Gesundheitsversorgung zu erschließen. Es soll ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung eingeführt werden. Die kassenindividuellen Zusatzbeiträge sollen gestrichen und die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert werden. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, bis Ende 2010 ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung vorzulegen.

Machen Sie mit: Sagen Sie „nein“ zur Kopfpauschale und „ja“ zu einer Gesundheitsvorsorgung für alle: www.nein-zur-kopfpauschale.de

MEDIEN

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Die Digitalisierung und das Internet verändern viele Lebensbereiche grundlegend. Zugleich gibt es sowohl im Parlament als auch in der gesamten politischen Debatte einen großen Nachholbedarf im Hinblick auf die Behandlung netzpolitischer Themen. Der Deutsche Bundestag wird deshalb eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ einsetzen. Dazu haben die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne am 4. März einen Antrag eingebracht.

Auftrag der Enquete-Kommission

Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei. Die digitale Gesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens, für die wirtschaftliche Betätigung und für die Wissensgesellschaft. Die Nutzung dieser Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten gehört längst zum Alltag der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land.

Gegenwärtig ist folgende Veränderung zu beobachten: Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen, denn gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Die Herausbildung einer „digitalen Gesellschaft“ ist mit erheblichen Chancen aber auch Herausforderungen verbunden. Dies betrifft beispielsweise die Grundrechte und in besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die auch in der digitalen Gesellschaft zu wahren sind.

Eine der Kernfragen ist die Frage der Rechtsdurchsetzung in weltweiten Netzen. Das Internet macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr macht die globale Entwicklung des Internets deutlich, dass es neue internationale Ansätze geben muss, die politischen Fragen der Digitalisierung zu beantworten. Herausforderungen ergeben sich für alle gesellschaftlichen Bereiche, für die demokratisch verfasste Gesellschaft insgesamt und für zahlreiche Rechtsbereiche, vom Urheberrecht bis zum Verbraucherschutz.

Die Enquete-Kommission soll diese Fragestellungen untersuchen, politische Handlungsempfehlungen erarbeiten und den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen. Bis Ostern 2011 soll die Enquete-Kommission einen ersten Zwischenbericht und bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihren Schlussbericht vorlegen. Der Enquete-Kommission sollen 17 Mitglieder des Bundestages und 17 Sachverständige angehören. Die Fraktion der CDU/CSU benennt 6 Mitglieder, die Fraktion der SPD 4 Mitglieder, die Fraktionen der FDP 3, LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je zwei Mitglieder.

Sinnvoll ist zudem, dass auch in den Ländern vergleichbare parlamentarische Gremien eingesetzt werden, die sich mit den Fragestellungen der digitalen Gesellschaft befassen. So hat beispielsweise das SPD-regierte Land Rheinland-Pfalz bereits im Juni 2009 eine Enquete-Kommission des rheinland-pfälzischen Landtags mit dem Titel „Verantwortung in der medialen Welt“ eingesetzt, die sich mit der gegenwärtigen Medienkultur beschäftigt und daraus

Handlungsempfehlungen für einen verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Umgang mit den neuen Medien erarbeiten soll.

STÄDTEBAU

Kinderlärm – kein Grund zur Klage

Der durch kindliches Spielen erzeugte Lärm hat in der jüngeren Vergangenheit zu Klagen von Anwohnern gegen Kindertageseinrichtungen bzw. gegen erteilte Baugenehmigungen geführt, die in Einzelfällen zur Schließung dieser Einrichtungen führten. Das gilt in besonderer Weise für Kindertagesstätten in Wohngebieten. Wir wollen verhindern, dass gegen Kindertagesstätten oder Spielplätze in Wohngebieten erfolgreich geklagt werden kann. Kinder müssen sich in Deutschland auch und gerade in Wohngebieten frei entfalten können.

Wenn Kinder spielen, verursachen sie Geräusche, Lärm und Krach. Diese Geräuschkulisse ist jedoch nicht mit Gewerbe- oder Verkehrslärm gleichzusetzen, sondern eine notwendige Ausdrucksform und Begleiterscheinung kindlichen Verhaltens. Kinder brauchen Freiräume, um spielerisch soziales Verhalten zu erlernen und sich geistig wie körperlich entwickeln zu können. Diese Freiräume sind stets aufs Neue gefährdet und müssen daher immer wieder neu erschlossen und für die Kinder gesichert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag (Drs. 17/881) vorgelegt, in dem sie fordert, die bauplanrechtliche Zulässigkeit von Kindergärten, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen in reinen Wohngebieten „effizient“ zu verbessern. Die SPD-Bundestagsfraktion zeigt der Bundesregierung mit dem Antrag einen konkreten Weg auf. Erstens soll das Bundes-Immissionsschutzgesetz ergänzt werden, um klarzustellen, dass Kinderlärm in der Regel keine schädliche Umwelteinwirkung ist. Kinderlärm muss in Wohngebieten toleriert werden. Zweitens wollen wir eine Klarstellung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Auch dort soll festgelegt werden, dass Kinderlärm keine schädliche Umwelteinwirkung darstellt. Und drittens verlangen wir, die Baunutzungsverordnung so zu ändern, dass Kindertageseinrichtungen in Wohngebieten generell für zulässig erklärt werden. In einem weiteren Punkt regen wir an zu prüfen, wie durch präventiv wirkende Maßnahmen im Bereich der Städteplanung Klagen gegen Kinderlärm vermieden werden können.

Meine Pressemitteilungen:

„Pseudo-Bürgerbeteiligung“ der Bundesregierung ist nur Placebo - Untersuchungsausschuss Gorleben muss Klarheit bringen

„Es ist unverantwortlich, dass die amtierende Bundesregierung mit dem Bundesminister Roettgen nun plant, die seit Jahren durch ein Moratorium unterbrochene Gorleben –Erkundung fortzusetzen“, erklärt Kirsten Lühmann, MdB. „Das Versprechen des Bundesumweltministers, die Bürger bei der weiteren Planung beteiligen zu wollen, ist nicht mehr als ein Taschenspielertrick. Minister Röttgen plant offenbar an bergrechtliche Vorschriften festzuhalten, die weder verbrieft Eingriffs- noch Klagerechte für die Bevölkerung vorsehen.“ Es handle sich dabei um eine „Pseudo-Beteiligung“ der Bürgerinnen und Bürger, so die Abgeordnete weiter. Seit 1990 gilt eine neue Fassung des Bergrechts, die mehr Mitwirkung der Bürger vorsieht. Wird der alte Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Gorleben- wie von Röttgen angekündigt- einfach fortgeschrieben, kommt das nicht zum Tragen.

„Die Vermutung liegt nahe, dass der Bundesminister Fehler bei der Auswahl der Lagers nun kaschieren möchte und die öffentliche Auseinandersetzung scheut“, erklärt Kirsten Lühmann, „es wäre unverantwortlich, wenn sich die CDU Landes- und Bundesregierung im Jahre 1983 aus taktischen Gründen auf Gorleben als Endlagerstätte festgelegt hätte. Damit wären sie dafür verantwortlich, dass alternative Lagerstandorte nicht erkundet wurden. Um das herauszufinden, ist die Einsetzung des Untersuchungsausschusses sehr wichtig“.

Der von der Opposition heute gemeinsam beantragte Untersuchungsausschuss soll unter anderem klären, ob bereits die einseitige Festlegung des Erkundungsstandortes Gorleben für ein atomares Endlager unter der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Jahre 1983 aufgrund von Manipulationen und politischem Kalkül anstatt auf Basis geologischer Erkenntnisse erfolgt ist.

„Ich habe die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit beantragt.

Damit dieser eingesetzt werden kann, müssen 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages diese Forderung persönlich unterschreiben,“ erklärt Kirsten Lühmann. Sie soll als stellvertretendes Mitglied dem Untersuchungsausschuss angehören.

Kirsten Lühmann: Vorratsdaten-Urteil hat weitreichende Folgen. Bundesregierung muss schnell Klarheit schaffen.

Berlin 3.3.10. „Das Urteil des Bundesverfassungsgericht zu den Vorratsdaten hat weitreichende Folgen“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete aus Celle/Uelzen Kirsten Lühmann.

„Es ist richtig, dass der Speicherung und Nutzung von Telekommunikationsdaten klare Grenzen gesetzt werden müssen“, so Lühmann. Das Urteil betreffe aber auch weitere datensensible Entscheidungen, die in Kürze anstünden: so etwa das SWIFT-Abkommen, mit dem der USA Bank- und Finanztransferdaten zur Verfügung gestellt werden oder das Abkommen über die Verarbeitung von Fluggastdaten (Passenger Name Records – PNR). „Hier zeigt sich, dass die Bedenken der SPD-Fraktion bezüglich der Weiterleitung der Daten von Bundesbürgern berechtigt sind“, so Lühmann.

Zudem werfe das Urteil die Frage auf, ob die Polizei zur Beweisführung weiterhin auf Daten zugreifen könne, die sie bisher legal erhoben habe, deren Erhebung aber nun als verfassungswidrig eingestuft worden sei. „Die Bundesregierung muss jetzt schleunigst Rechtssicherheit herstellen. Sie muss klarstellen, ob es ein Beweisverwertungsverbot für diese Daten gibt“, so Lühmann. „Sie muss aber auch klarstellen, welche Daten die Ermittler zur Strafverfolgung gewinnen und verwenden dürfen. Wir brauchen ein neues, verbessertes Gesetz, und zwar schnell. Das heißt, Union und FDP müssen sich jetzt mal am Riemen reißen, ihr Hick-Hack beenden und zu vernünftigem Regierungshandeln übergehen.“

Kirsten Lühmann: Ramsauer hungert Bahn aus

„Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Um die Maßnahmen umzusetzen, die bereits im vordringlichen Bedarf sind, werden jährlich 1,8 Milliarden Euro benötigt. Tatsächlich stehen der Bahn nach den Planungen des Bundesverkehrsministeriums jedoch in den folgenden Jahren jährlich 600 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Damit stehen wichtige Bahnprojekte auch in Niedersachsen zur Disposition. Auf der Liste der noch nicht finanzierten Strecken stehen zum Beispiel die dritte Baustufe Oldenburg –Wilhelmshaven oder der zweigleisige Ausbau der Strecke Uelzen – Stendal,“ erklärt Kirsten Lühmann „Jetzt hat die Regierungskoalition im Haushaltsausschuss beschlossen, auch noch 64 Millionen Euro für den Kombinierten Verkehr zu kürzen. Ramsauer hungert die Bahn aus!“

Diese Kürzung bedeutet, dass achtzig Prozent der Zuschüsse für Investitionen privater Unternehmen in den Kombinierten Verkehr gestrichen werden. Damit werden Unternehmen mit ihrem Logistikproblem im Stich gelassen und der Bahn wichtige Neukunden für den Güterverkehr vorenthalten.

„Vollmundige Versprechen zur Stärkung der Schienenverkehre bleiben so reine Lippenbekenntnisse! Für die Verkehrspolitik der Regierungskoalition hat der Kombinierte Verkehr in Deutschland offensichtlich keine Zukunft. Trotz aktueller Wirtschaftskrise werden die Transportzahlen im Güterverkehr jedoch wieder ansteigen. Notwendig wäre, bereits jetzt neue Impulse zu setzen und verstärkt in den Kombinierten Verkehr zu investieren“, erklärt Kirsten Lühmann.

Die SPD-Fraktion hat im Deutschen Bundestag einen Erhalt der Förderung auf hohem Niveau gefordert.

Kirsten Lühmann: Der Digitalfunk kann kommen. Haushaltsmittel endlich freigegeben.

Berlin, 5.3.10. „Der Weg für den Digitalfunk ist endlich frei“, so Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Celle/Uelzen. „Die unendliche Geschichte hat ein Ende gefunden – künftig wird Deutschland nicht mehr Schlusslicht bei der modernen und sicheren Kommunikation zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sein“, so Lühmann. Mit der Freigabe der Mittel durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages könnten endlich auch die Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste in Deutschland auf Digitalfunk umstellen.

Wichtig sei eine rasche flächendeckende Einführung, sonst bestehe die Gefahr, dass es bei Einsätzen zu Kommunikationsproblemen komme. „Wenn eine Polizistin ein Digitalfunkgerät benutzt, ihr Kollege von der Feuerwehr aber noch ein analoges Gerät verwendet, können die beiden bei einem gemeinsamen Rettungseinsatz nicht kommunizieren“, so Lühmann. Problematisch sei jedoch, dass vielen Kommunen, die für die Finanzierung der Feuerwehren zuständig seien, die Mittel für den Ersatz der analogen Geräte fehlten. „Hier muss den Kommunen unter die Arme gegriffen werden“, fordert Kirsten Lühmann.

Kirsten Lühmann überreicht Preis für „Jugend forscht“

Kirsten Lühmann übergibt Jan Felix Topp und Julian Clemens einen von ihr gestifteten Preis. Die beiden Schüler sind mit ihrem Projekt „Libelle – Königin der Lüfte“ die diesjährigen Preisträger des „Jugend forscht“ – Regionalwettbewerbs Celle.

**Pressemitteilungen der SPD-Bundestagsfraktion:****Amflora-Kartoffel mit der Lizenz zum Verschmutzen zugelassen**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Ministerin Aigner auf, den kommerziellen Anbau von Amflora-Kartoffeln in Deutschland zu untersagen. Trotz gentechnikfreier Alternativen hat die EU-Kommission die genveränderte Industriekartoffel Amflora zugelassen. Lesen Sie [mehr](#).

Achtung: Neue rechtspopulistische Zeitung auf dem Markt:

Wir machen warnend auf das Monatsmagazin "ZUERST!" aufmerksam, eine neue Publikation der extremen Rechten in der BRD, die wir als Sozialdemokraten sehr kritisch im Auge behalten. Seit

Längerem beschäftigen wir uns mit dem unübersichtlichen Blätterwald in der publizistischen Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Dort versucht man - leider immer wieder erfolgreich - auch Vertreter demokratischer Parteien für Interviews und Beiträge zu gewinnen, um sich vom Ruch des Extremismusverdachts zu befreien.

Hinter ZUERST! steht der rechtsgerichtete 'Großverleger' [Dietmar Munier](#). Dieser war zuletzt durch den Ankauf der Zeitschrift "Nation und Europa" (N&E) aufgefallen, das nach Einschätzung von Verfassungsschutzkreisen das lange Zeit als das "bedeutendste rechtsextremistische Theorie und

Strategieorgan" galt. Mit dem bundesweit mit einer Auflage von 86.000 Exemplaren gestartete "ZUERST" verfolgt Munier die Absicht, in der Nachfolge von N&E ein rechtes Nachrichtenmagazin am Markt zu etablieren, das durch seine verhältnismäßig professionelle Aufmachung auch über die politisch randständige Kernzielgruppe hinaus attraktiv sein soll.

Experten, wie der Berliner Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, bescheinigen dem Blatt "gute Chancen, sich auf dem Markt zu etablieren": http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/zuerst100.html

Und selbst sozialdemokratische Kommentatoren attestieren dem Blatt eine gewisse "publizistische Gediegenheit": <http://tinyurl.com/ybkx78r> Um zu erkennen, dass unter der gefälligen Fassade die übliche Hetzte von Rechtsaußen lauert, genügt ein flüchtiger Blick auf Homepage des Blattes:

Im Umgang mit der Publikation ist - wie bei allen Medien der neuen und alten Rechten - Vorsicht und Zurückhaltung angebracht. Mehr dazu auf der Homepage: [„blick nach rechts“](#)